



China Report

März 2019

(1) Pressetermin von Li Keqiang zum Abschluss des Volkskongresses

Premier Li Keqiang hat bei seinem jährlichen Pressetermin zum Abschluss des Volkskongresses in Peking nochmals bekräftigt, wie schwierig das politische und wirtschaftliche Umfeld gerade ist: "Wir müssen sicherlich starke Maßnahmen ergreifen, um mit den steigenden Unsicherheiten fertig zu werden", kündigte Li an. Konkret will die kommunistische Führung die Abgaben für Unternehmen und die Sozialabgaben für die Bürgerinnen und Bürger senken. Außerdem sollen mehr ausländische Unternehmer angelockt werden.

Doch ungewöhnlich waren in diesem Jahr die pessimistische Stimmung und der ständig mahnende Unterton, der sich durch die zehntägige Sitzung zog. Während im vergangenen Jahr noch die Amtszeit von Staats- und Parteichef Xi Jinping auf Lebenszeit verlängert wurde und weitreichende Reformen und Umstrukturierungen bei den staatlichen Organen im Fokus standen, gab es in diesem Jahr kaum neue Initiativen. Realismus und Pragmatismus waren die Signale, die der NVK seinen rund 3000 Delegierten mitgab.

Peking ist nach wie vor damit beschäftigt, sein Wachstumsmodell von exportorientiert auf konsum- und innovationsgesteuert zu ändern. Doch je unvorhersehbarer die Verhandlungen mit den USA und das politische Klima insgesamt sind, desto schwieriger wird es, die geplanten Reformen auch konsequent umzusetzen.

(2) Xi Jinping besiegelt 35 Milliarden US-Dollar Deal mit Airbus

Während dem Staatsbesuch von Präsident Xi Jinping [in Paris wurde ein Geschäft mit dem französischen Flugzeugbauer Airbus in Höhe von 35 Milliarden US-Dollar unterzeichnet](#). Der Deal war einer von insgesamt 15 Abkommen, die am 25. März zwischen Frankreich und China geschlossen wurden. Der Großauftrag der chinesischen Seite umfasste 290 Schmalflugzeuge der Serie A320 und zehn Großraumflugzeuge des Typs A350. Der Großauftrag versetzt dem amerikanischen Konkurrenten *Boeing* einen tiefen Schlag, nicht zuletzt angesichts der immer noch angespannten Handelsbeziehungen zwischen den USA und China.

Bereits im Januar 2018 wurde der Airbus-Deal durch Präsident Emmanuel Macron während seiner Reise nach Peking angekündigt. Trotz eines zweiten Staatsbesuchs von französischer Seite kam es allerdings nicht zu einem festen Abkommen. Der nun in Paris angekündigte Deal wird sowohl Neo- als auch sogenannte Classic- oder CEO-Versionen der Modelle A319, A320 und A321 umfassen.

China ist für *Airbus* und *Boeing* aufgrund der größer werdenden Mittelschicht und dem starken Zuwachs im Reisesektor zum wichtigsten Markt geworden. Laut dem neuen Airbus Chef, Guillaume Faury, wird der Deal dem Unternehmen einen bedeutenden An Schub geben, was vor dem Hintergrund des rückläufigen Wachstums innerhalb des letzten Jahrzehnts und dem deutlichen Wertverlust der *Airbus* Aktie von großer Bedeutung ist.

(3) Huawei verklagt die US-Regierung

Der chinesische Smartphone- und Netzinfrastrukturhersteller Huawei hat vor einem texanischen Bundesgericht Klage gegen die USA eingereicht. Grund sind die seit Jahren existierenden Vorwürfe der US-Regierung, dass Huawei dem chinesischen Staat gehöre, von diesem auch kontrolliert oder zumindest beeinflusst werde und gegen die in der US-Verfassung festgelegten Gewaltenteilung verstoße. US-Präsident Trump aber auch der US-Kongress sind dieser Ansicht. Doch Huawei ist ganz anderer Meinung: Schon diese Prämisse der wie auch immer gearteten Nähe zum chinesischen Staat sei falsch, sagte Song Liuping, der Chefjurist von Huawei, am



China Report

März 2019

Donnerstag in einer Pressekonferenz am Firmensitz in Shenzhen. Deshalb, so die Logik, will sich Huawei in den ihm derzeit versperrten US-Markt einklagen.

Aus wirtschaftlicher Perspektive geht es um Umsatz und Verkäufe von Huawei Smartphones, doch auch 5G ist Thema, da es künftig in der autonomen Mobilität sowie anderen Anwendungen große Datenmengen übertragen kann.

Schon jetzt besteht ein Großteil der technologischen Infrastruktur des heutigen 4-G-Netzes in Deutschland aus der Produktion des chinesischen Konzerns. Huawei arbeitet mit der Deutschen Telekom ebenso wie Vodafone, die die Technik des chinesischen Konzerns als gut und preiswert schätzen. Noch im März beginnt die Versteigerung der deutschen 5G-Lizenzen, und während Huawei dort erneut nicht mitbieten wird, steht das Unternehmen als Infrastrukturausrüster für deutsche Mobilfunkfirmen bereit. Und dies, obwohl immer wieder befürchtet wird, dass Huawei seine überall auf der Welt im Einsatz befindliche Hard- und Software dem chinesischen Staat zur Verfügung stellen könnte.

Ob Huawei's Klage in den USA zugelassen und am Ende gar erfolgreich sein wird, darüber muss das angerufene Bundesgericht in Texas erst befinden. Egal, wie dessen Entscheidung ausfallen wird: Sie wird rechtsstaatlichen Kriterien entsprechen, die Causa Huawei und 5G aber ziemlich sicher nicht abschließend lösen.

Und auch die Handelsgespräche zwischen China und den USA werden durch den Fall Huawei weiter belastet. In Kanada soll bald die Auslieferungsanhörung der dort auf Betreiben der USA festgenommenen Huawei-Finanzchefin Meng Wanzhou stattfinden. Die USA werfen ihr vor, Sanktionen gegen den Iran umgangen zu haben. Als offenkundige Reaktion auf ihre Festnahme haben chinesische Behörden im Dezember mehrere kanadische Staatsbürger verhaftet – weitere Verhandlungsmasse in einem noch immer sehr undurchsichtigen Konflikt.

(4) Chinas Zugang zum europäischen Markt soll erschwert werden

Eine Woche, nachdem Brüssel Peking offiziell als einen „systematischen Rivalen“ bezeichnet hat, will die Europäische Kommission einen Gesetzesentwurf auf den Weg bringen, der [chinesischen Unternehmen den Zugang zum europäischen Markt erschwert](#). Viele EU-Länder zeigten sich frustriert darüber, dass viele ihrer führenden Unternehmen immer wieder von großen chinesischen Projekten ausgeschlossen werden, während die EU ihre Inlandsmärkte für China geöffnet hat.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, dass es keinen einseitigen Protektionismus geben dürfe, sondern man auf gegenseitiger Basis agieren müsse, um die Entwicklung des Welthandels voranzutreiben. Brüssel hofft nun von den EU Mitgliedsstaaten, dass sich diese auf eine gemeinsame Strategie der Reziprozität einigen und eine einheitliche Handels- und Technologiefrent gegen China bilden. Präsident Macron hat sich schon länger dafür eingesetzt. Bisher scheiterten die Versuche jedoch an der Opposition nordeuropäischer Länder, darunter Großbritannien und Schweden. Nachdem Großbritannien nun als einer der wichtigsten Akteure in den EU-Debatten ausscheidet, geht Brüssel davon aus, dass sich der Wind zu seinen Gunsten drehen könnte. Neben Berlin und Paris sprach sich auch Madrid für eine neue Strategie aus.



China Report

März 2019

Das deutsche Wirtschaftsministerium hatte in diesem Jahr eine Industriestrategie für mehr Reziprozität im öffentlichen Auftragswesen eingeleitet. Der Plan folgte auf den Vorschlag des BDI, eine defensivere Haltung gegen China einzunehmen. Immer noch skeptisch sind die kleineren EU-Länder. Am 21. März sollen sich Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen des Treffens der Europäischen Kommission auf eine gemeinsame Position einigen. Ein erster Vorschlag im Jahr 2012 bestand aus einem *Hard-Liner*-Ansatz, dem zufolge Unternehmen von Ausschreibungen ausgeschlossen werden, deren Heimatmärkte für europäische Konkurrenten gesperrt sind. Dieser Ansatz war vielen zu protektionistisch. Ein modifizierter Antrag aus 2016 erlaubte es demgegenüber allen Unternehmen, sich an Ausschreibungen zu beteiligen, bestraft jedoch diejenigen, die ihre europäischen Konkurrenten aus ihren Märkten ausschließen.

(5) BMW und Daimler senken Preise in China

Nachdem die chinesische Regierung eine Senkung der Mehrwertsteuer zum 1. April verkündet hat, wollen auch BMW und Mercedes-Benz ihre Preise in China senken. Die deutschen Automobilunternehmen veröffentlichten Beiträge in sozialen Medien und kündigten sofort Preissenkungen für mehrere Modelle an.

BMW sagte, es würde die Preise sowohl für inländisch produzierte als auch für importierte Modelle senken, einschließlich der lokal hergestellten BMW 3er und BMW 5er Serie sowie der Importmodelle BMW X5 und BMW 7. Das Modell des BMW 320Li M wird zu einem empfohlenen Verkaufspreis von 339.800 Yuan (50.620 USD) verkauft, ein Rückgang von 10.000 Yuan gegenüber dem ursprünglichen Preis. Die Preissenkungen zeigen die "aktive Reaktion des Unternehmens auf die nationale Mitteilung zur Mehrwertsteueranpassung", sagte BMW in einem Beitrag zu WeChat, Chinas beliebter Messaging-App.

Mercedes-Benz, ein Unternehmen der Daimler AG, kündigte ähnliche Preissenkungen für eine Reihe seiner Automobile an. Die auf seiner Social-Media-Seite veröffentlichten Nachlässe reichen von 10.000 bis 40.000 Yuan bei ausgewählten Modellen.

Am 5. März kündigte der chinesische Premierminister Li Keqiang an, dass China die Mehrwertsteuer auf verschiedene Produktkategorien senken wird. Die Steuern sollen im verarbeitenden Gewerbe von 16 auf 13 Prozent und im Transportsektor von 10 auf 9 Prozent sinken.

Nachdem Chinas Pkw-Markt im Jahr 2018 um 5,8 Prozent schrumpfte – der erste Rückgang seit über zwei Jahrzehnten – haben die politischen Entscheidungsträger eine Reihe von Initiativen unternommen, um die Nachfrage nach Autos zu stimulieren. Im Januar erst erklärte die nationale Entwicklungs- und Reformkommission Chinas (NDRC), sie werde die Beschränkungen des Gebrauchtwagenmarktes lockern und Subventionen bereitstellen, um die Ankäufe in ländlichen Gebieten anzukurbeln.

(6) Xi fordert mehr ideologische und politische Bildung an chinesischen Schulen

Am 18. März forderte Präsident Xi Jinping auf einem Symposium für Lehrer der Unterrichtsfächer ideologische und politische Theorie [stärkere Bemühungen zur Umsetzung der Bildungspolitik der Partei und der Förderung von Tugend durch Bildung](#). Im Zentrum sollen die Gedanken des Sozialismus nach chinesischer Prägung stehen. Laut Xi müssten größte Anstrengungen unternommen werden, um eine neue Generation junger Bürger zu erziehen, die (1) in der Lage seien, die Aufgabe der nationalen Erneuerung zu übernehmen und (2) die eine umfassende moralische, intellektuelle, physische und ästhetische Grundlage mit zupackendem Geiste haben.



China Report

März 2019

Für Xi ist es unerlässlich, ideologische und politische Theoriekurse in Grundschulen, Sekundarschulen und Hochschulen schrittweise einzuführen und zu verbessern, um zukünftige Generationen besser auf die sozialistische Sache vorzubereiten. Der Gedanke des Sozialismus nach chinesischer Prägung für die Schaffung einer neuen Ära solle dazu dienen, Menschen zu erziehen und Schüler dabei zu begleiten, ihr Vertrauen in den Weg, die Theorie, das System und die Kultur des Sozialismus zu stärken und ihren Patriotismus zu entwickeln.

Um das Ziel zu erreichen, spielen Lehrer laut Xi eine Schlüsselrolle. Es sei daher entscheidend, den Enthusiasmus, die Initiative und die Kreativität der Lehrkräfte voll zu entfalten. In den ideologischen und politischen Kursen müssten die Lehrer die Ideologie der Partei vermitteln und falsche Ideen und Gedanken beseitigen. Die Parteikomitees auf allen Ebenen sind jetzt dazu verpflichtet, diese Arbeit hoch auf ihre Agenda zu stellen.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.